

---

**Kombilohn  
Getarntes Nichtstun**

---

Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit kündigt die Bundesregierung die Ausweitung des „Mainzer Modells“ auf das gesamte Bundesgebiet an, fügt aber zugleich beschwichtigend hinzu, daß damit keine neue Belastung für den Bundeshaushalt verbunden sei. Die Mittel können – so das Bundesarbeitsministerium – aus den bereits bewilligten 50 Mill. Euro für Modellversuche im Niedriglohnsektor finanziert werden. Das Mainzer Modell knüpft an dem Übel an, daß bei Arbeitnehmern, deren Lohn 325 Euro (früher 630 DM) überschreitet, Sozialversicherungspflicht für das gesamte Arbeitsentgelt eintritt. Nach dem Mainzer Modell erhalten Geringverdiener mit einem Verdienst zwischen 326 und 897 Euro (bei Ledigen) bzw. 1707 Euro (bei Verheirateten) einen – mit 100% beginnenden – degressiven Zuschuß zu den Sozialbeiträgen. Außerdem wird je Kind ein – mit 77 Euro beginnender – degressiver Zuschuß gewährt.

Das „Mainzer Modell“ galt zunächst für rheinland-pfälzische Testregionen, in denen 1,2% aller deutschen Arbeitnehmer beschäftigt sind. Daß die dafür veranschlagten Mittel nun für ganz Deutschland reichen sollen, erklärt sich daraus, daß die Akzeptanz weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Zu Beginn der Modellversuche im September 2000 ging man davon aus, daß das „Mainzer Modell“ 14 000 Niedriglohnbezieher erfassen würde. Tatsächlich haben nach Angaben des IAB bis Ende Oktober 2001 nur 550 Arbeitnehmer davon Gebrauch gemacht.

Ökonomen würden daraufhin Ursachenforschung betreiben: War das Programm nicht genügend bekannt? Sind die Regelungen zu kompliziert? War der Testzeitraum zu kurz? Gibt es unerwartete kontraproduktive Nebeneffekte? Haben wir die Wirkung von Kombilöhnen bisher überschätzt? Die Politiker ziehen aus den Modellversuchen aber Insidernutzen: Solange die Öffentlichkeit an die Wirksamkeit des Kombilohnes glaubt, können wir aus unserem Wissen, daß Kombilöhne kaum etwas bringen, aber auch wenig kosten, politisches Kapital schlagen. hä

---

**Rabatte  
Veraltete Sonderverkaufsregelung**

---

Auch nach der Abschaffung des Rabattgesetzes und der Zugabenverordnung können in Deutschland Unternehmen immer noch nicht völlig frei über ihre Kun-

denrabatte entscheiden. So wurde kürzlich der Bekleidungskette C&A per Gerichtsbeschluß verboten, denjenigen Kunden, die bargeldlos zahlen, einen Rabatt von 20% zu gewähren. Auch die später erfolgte Ausweitung des Rabatts auf alle Kunden wurde untersagt. Nach richterlicher Auffassung verstößt C&A mit der Durchführung einer zeitlich befristeten Rabattgewährung auf alle Produkte gegen geltendes Sonderverkaufsrecht im Sinne des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb (UWG). Danach sind Sonderverkäufe nur in Ausnahmefällen wie z.B. Firmenjubiläen, Räumungs- und Schlußverkäufen zulässig.

Eine Begründung für die restriktive Regelung von Sonderverkäufen lautet, daß der Mittelstand vor dem Marktmißbrauch größerer Wettbewerber geschützt werden müsse. Es scheint aber kaum plausibel, daß kleine Unternehmen durch zeitlich befristete Rabattaktionen in den Ruin getrieben werden könnten, zumal diese Firmen in der Regel nur überleben können, wenn sie Nischen besetzen, die von den großen Unternehmen nicht bedient werden können.

Eine zweite – immer wieder genannte – Begründung für die Beschränkung von Sonderverkäufen ist der Verbraucherschutz. Es wird befürchtet, daß die Konsumenten mit Rabattangeboten überflutet werden und dann nicht mehr in der Lage seien, „echte“ Preisnachlässe von „unechten“ Rabatten zu unterscheiden. Eine Beurteilung von Preisnachlässen muß der Kunde aber auch bei den vom UWG erlaubten Schlußverkäufen vornehmen. Das Verbraucherschutzministerium und das Justizministerium planen bereits eine Lockerung der Sonderveranstaltungsregelungen des UWG. Man sollte jedoch noch stärker auf die Mündigkeit der Verbraucher vertrauen und – wie auch von der EU geplant – die restriktiven Sonderverkaufsregelungen des UWG ersatzlos streichen. ke

---

**Klimaschutz  
Warnung vor Wunschenken**

---

Bei der Vorlage des Energieberichts Ende November 2001 glaubte der Bundeswirtschaftsminister darauf hinweisen zu müssen, daß ein ehrgeiziger Klimaschutz Kosten verursacht, die sich in entgangenem Realeinkommen niederschlagen. Insbesondere warnte er vor einem nationalen Alleingang, der zur Abwanderung von schadstoffintensiven Branchen zwingt, und zwar auch dann, wenn diese Branchen hier umweltschonender produzieren als im Ausland.

Wie zu erwarten, haben die Ökologen umgehend und energisch widersprochen. Es lassen sich in der Tat

auch plausible Szenarien entwickeln, in denen die Kosten geringer ausfallen als es die Gutachter des BMWi annehmen; entsprechende Gutachten gibt es bereits. Der außenstehende Beobachter sollte allerdings bedenken, daß hinter dem Streit mit Gutachten nicht zuletzt ein Streit von Interessen steht, der die Abwägung alternativer Szenarien mitbestimmt. Im Klartext: In der Politik zählt primär nicht das Wahrscheinliche, sondern das Opportune.

In der Regierungskoalition gibt es aus einem doppelten Grund einen Bias, die Kosten des Klimaschutzes klein zu schreiben. Zum einen muß die Regierung den Vorwurf abwehren, sie habe durch den geplanten Ausstieg aus der Kernenergie den Klimaschutz hintergestellt. Zum anderen dient ein Kernstück der Klimaschutzpolitik, die Ökosteuer, nicht nur ökologischen Zielen, sondern auch der Finanzierung der Renten. Die Warnungen des Bundeswirtschaftsministers, den Klimaschutz nicht zu überziehen, haben auch die Funktion, der Neigung zum Wunschenken ein Gegengewicht zu setzen. hh

---

### Gemeindefinanzen

## Sanierung unabweisbar

---

Die Städte und Gemeinden stehen vor dem finanziellen Aus. Die Steuerschätzung vom November des letzten Jahres weist für 2002 ein Aufkommen von Gewerbesteuern von 23,5 Mrd. Euro aus. Noch im Mai veranschlagten die Experten das Aufkommen auf 27,2 Mrd. Euro. In diesem Jahr müssen die Kommunen demnach ihre Ausgaben an Steuereinnahmen ausrichten, die in etwa das Volumen von 1996 haben. Diese Einnahmen reichen zusammen mit den anderen Einkünften der Städte nicht aus, um den mittlerweile stark angestiegenen Finanzbedarf der Kommunen zu decken.

Seit 1996 haben der Bund und die Länder den Kommunen neue personalaufwendige Aufgaben zugewiesen, ohne gleichzeitig deren Einnahmen aufzustoßen. Resigniert haben die Bürger und die Unternehmen es hingenommen, wenn öffentliche Investitionen eingestellt und die Gebühren erhöht wurden. In dem Maße, wie die einkommensabhängigen Steuern mit ausdrücklicher Zustimmung von Bund und Ländern und unter dem Beifall der Wirtschaft gesenkt werden, wird auch das Aufkommen der Gewerbesteuer weiterhin vermindert.

Im Finanzausgleich haben die Städte auch keine Fürsprecher. Ihre Kassen werden geplündert, wenn die

Länder und der Bund neue Einnahmen suchen. Alternativen zur Neuordnung der kommunalen Finanzen lassen auf sich warten: die Berufung einer Kommission durch die Bundesregierung zur Neuordnung der Kommunalfinanzen kann den Eindruck nicht vermeiden, daß Zeit geschunden werden soll, um ein schwieriges Problem nicht noch vor den Wahlen schultern zu müssen. Diese Politik ist kurzfristig und führt in die falsche Richtung. Wenn der Standort Deutschland reformiert werden soll, ist dies ohne eine solide und aufgabenbezogene Finanzierung der Städte und Gemeinden nicht möglich. mck

---

### Euro-Einführung

## Wirtschaftlich goldene Zeiten?

---

Auch unter Berücksichtigung der massiven Pro-Euro-Lobbyarbeit war es schon überraschend, wie euphorisch die physische Einführung des Euro in Deutschland zum Jahreswechsel gefeiert wurde. Die Annahme, daß die Deutschen plötzlich mehrheitlich Europhile geworden sind, scheint aber dennoch übertrieben. Eine grössere Rolle dürfte hier wohl das sich Ergeben in das Unvermeidliche – „Reduktion kognitiver Dissonanz“ nannte das ein Kölner Hochschullehrer – gespielt haben, aber auch die abnehmende Identifikation der D-Mark mit der neuen weltpolitischen Rolle, die das Land nach der Wiedervereinigung und dem Ende des „Kalten Krieges“ zunehmend übernehmen muß.

So gesehen waren die unzähligen öffentlichen Anstrengungen, den Deutschen noch einmal die tatsächlichen und vermeintlichen Vorteile des Euro deutlich zu machen, unnötig. Fehl gehen vor allem die Versprechungen, mit dem Euro in der Tasche werden nun endgültig wirtschaftlich goldene Zeiten anbrechen. Tatsächlich gibt es derzeit einen Konjunkturückgang im Euroraum. Zudem leiden die meisten Länder des Eurogebietes unter einem Reformstau, da die immer wieder angemahnten Strukturreformen nur ungenügend durchgeführt wurden.

Der Euroraum hängt weiter am Tropf der US-Wirtschaft. Besonders Deutschland ist ökonomisch zum kranken Mann Europas geworden, so daß nicht zuletzt deswegen das gesamte Eurogebiet international gering eingeschätzt wird: Man traut trotz des 11. Septembers der US-Volkswirtschaft mehr zu als den europäischen korporatistisch organisierten Volkswirtschaften und bleibt lieber im Dollar. ww